

## **Antrag**

**der Abgeordneten Petra Bläss, Dr. Ruth Fuchs, Gerhard Jüttemann, Heidemarie Lüth, Dr. Uwe-Jens Rössel und der Gruppe der PDS**

### **Anpassungsgeld und Knappschaftsausgleichsleistung für Bergleute in den neuen Bundesländern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die erforderlichen rechtlichen Regelungen vorzubereiten und vorzulegen, die eine Anwendung der „Richtlinien des Bundesministeriums für Wirtschaft über die Gewährung von Anpassungsgeld an Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus“ vom 22. September 1988 und der Knappschaftsausgleichsleistung nach § 239 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) für Bergleute in den neuen Bundesländern gewährleisten.

Bonn, den 24. September 1996

**Petra Bläss**  
**Dr. Ruth Fuchs**  
**Gerhard Jüttemann**  
**Heidemarie Lüth**  
**Dr. Uwe-Jens Rössel**  
**Dr. Gregor Gysi und Gruppe**

### **Begründung**

Nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland wurden viele Untertageschächte in den neuen Bundesländern, vor allem in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, geschlossen oder zumindest extrem reduziert und so Tausende Beschäftigte entlassen. Durch das Rentenüberleitungsgesetz wurden Regelungen der DDR für den Bezug einer Bergmannsvollrente mit vollendetem 50. Lebensjahr weitergeführt. Diese Vertrauensschutzregelung läuft für Neuzugänge jedoch per 31. Dezember 1996 aus, ohne daß die ähnlich gelagerten Regelungen der alten Bundesländer von Anpassungsgeld zwischen dem 50. und 55. Lebensjahr mit anschließendem Anspruch auf Knappschaftsausgleichsleistung zwischen dem 55. und 60. Lebensjahr in Kraft gesetzt werden.

Das ist nicht nur eine gravierende Ungleichbehandlung von Bergleuten in Ost und West. Angesichts der desolaten Arbeitsmarktlage gerade in den Bergbauregionen der neuen Bundesländer werden ausgeschiedene Bergleute, die 25 Jahre unter Tage gearbeitet haben, in die Arbeitslosenhilfe bzw. Sozialhilfe abgedrängt, ins soziale Aus gestoßen. Anpassungsgeld und Knappschaftsausgleichsleistung bieten eine Möglichkeit, daß diese Bergleute und ihre Familien den Lebensunterhalt bestreiten können.